

Climate Action Plan Stadt Zürich

8 Klimamassnahmen Für Zürich



Am 15. Mai stimmt die Stadt Zürich über das neue Klimaschutzziel - Netto Null 2040 - ab. Der Klimastreik hat dazu die Ja-Parole gefasst, denn als Klimagerechtigkeitsbewegung kämpfen wir um jedes Zehntelgrad. Jede nicht ausgestossene Tonne verhindert Leid und Tod und mit Netto Null 2040 wird das Reduktionstempo im Vergleich zum Status Quo erhöht. Als Klimastreik stehen wir aber nach wie vor für netto null 2030 ein. Das Klimaziel netto null 2040 ist ein zu kleiner und zu langsamer Schritt und zeugt von wenig Ambitionen seitens städtischer Regierung. Was der Ansicht des Klimastreiks nach in der Klimastrategie der Stadt Zürich fehlt, ist der Mut und die Vorstellungskraft, tiefgreifende Veränderungen ins Auge zu fassen. Die Zürcher Stadtregierung versteckt sich stattdessen hinter halbherzigen Klimaschutz-Massnahmen, Jahreszahlen und verzerrten Emissions-Rechnungen; so fehlt der gesamte Zürcher Finanzplatz sowie indirekte Emissionen in der Berechnung der städtischen Emissionen.

Wir fordern von der Zürcher Regierung, dass sie Verantwortung für die kommenden Generationen übernimmt. Wer, wenn nicht Zürich, hat die Mittel, einen gesamtgesellschaftlichen Wandel zu finanzieren? Wer, wenn nicht Zürich, verfügt über das nötige Fachwissen, die effizientesten Massnahmen umzusetzen? Wer, wenn nicht Zürich, kann eine internationale Vorreiterrolle übernehmen, und neue Konzepte für ein nachhaltiges und sozial gerechtes urbanes Zusammenleben entwickeln? Zürich ist als Metropole der Schweiz ein wichtiges politisches Organ um die Verantwortung der Schweiz gegenüber Klima(un)gerechtigkeit auf globaler Ebene anzufordern. Als eines der reichsten Länder der Welt müssen wir global denken. Wir sind überzeugt: Zürichs Bewohner*innen können und wollen mehr zur Erreichung der Klimaneutralität beitragen.

Inhaltsverzeichnis

- 3** Was ist der Zürcher CAP?
- 3** Wer hat den Zürcher CAP verfasst?
- 4** Auf jedes Dach eine Anlage
- 5** Wärmepumpe-Offensive
- 6** Baumstadt Zürich
- 7** Autofreie Quartiere
- 8** Lokale und pflanzenbasierte Ernährung
- 9** Eigene Solarmodulproduktion
- 10** Zürich werbefrei
- 11** Boden für die Gesellschaft!
- 12** Liste der Mitwirkenden

Was ist der Zürcher CAP?

Der Zürcher Klima-Aktionsplan (CAP, eng. Climate Action Plan) ist ein andauerndes Projekt mit dem Ziel, heute eine gemeinsame Lösung für die Klimakrise zu finden und eine vereinte Vision für unsere Gesellschaft von morgen zu schaffen. Die im CAP aufgelisteten Forderungen und dazugehörigen Massnahmen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr bilden sie Ideen und Eckpfeiler, um der Vision von netto null bis 2030 in der Stadt Zürich näher zu kommen. Bei der Kombination der Massnahmen haben wir diejenigen ausgewählt, deren Wirkung und soziale Umsetzung am effektivsten sind. Es gäbe einen ganzen Strauss an Massnahmen, die ebenfalls sinnvoll und umsetzbar wären, hier jedoch nicht aufgelistet sind. Das 1.5-Grad-Ziel und die Notwendigkeit von netto null bis 2030 für Zürich, aber auch schweizweit, bleibt nicht verhandelbar. Aber wir sind immer daran interessiert, den Weg dahin zu diskutieren. Wir können es uns nicht leisten, noch länger zu warten. Einige Massnahmen können ab 2022 sofort umgesetzt werden. Und das müssen sie auch.

Der Zürcher CAP ist an die Bevölkerung gerichtet. Wir wollen alle Teile der Gesellschaft motivieren, mit uns nach den richtigen Lösungen zu suchen. Die verschiedenen Akteur*innen aus den emittierenden Sektoren, Organisationen und Einzelpersonen sind eingeladen, Feedback zu geben und Vorschläge für neue Massnahmen zu machen.

Wer hat den Zürcher CAP verfasst?

Der Zürcher Klima-Aktionsplan wurde als gemeinsames Projekt einer Gruppe von Klimaaktivist*innen im Austausch mit Fachexpert*innen erarbeitet. Alle Beteiligten stellten ihre Zeit ehrenamtlich zur Verfügung. Eine Liste aller Mitwirkenden befindet sich auf Seite 12.



Forderungen

1. Auf jedes Dach eine Anlage

ZIEL BIS 2030

Auf der Hälfte der sinnvoll nutzbaren Dach- und Fassadenflächen wird Solarenergie produziert.

Relevanz

Insbesondere durch den Ausbau der Heizung mit Wärmepumpen (siehe Massnahme 2) wird der Strombedarf weiter ansteigen, gerade in den Wintermonaten. Die Stromproduktion auf Stadtgebiet soll daher deutlich erhöht werden. Installationen an Fassaden sollen die Winter-Stromproduktion erhöhen.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- PV/Solarthermiepflicht für alle sinnvoll nutzbaren Flächen an Neubauten ab 2023, bei denen die Stadt die Planungskompetenz hat. Sicherstellung, dass die Kosten aller Massnahmen nicht auf die Mieter:innen umgewälzt werden.
- Stadt setzt sich auf kantonaler Ebene für PV/Solarthermiepflicht für alle sinnvoll nutzbare Flächen an neuen und bestehenden Bauten ab spätestens 2035 ein.
- Finanzielle Anreize für die Installation von PV / Solarthermie auf Dächern und Fassaden ab 2023
- Tools und Unterstützung für Vermieter:innen und Mieter:innen ab 2023. Transparente Einsicht und Beratung zur Eignung für Solarstrom und Begrünungsmöglichkeiten
- Vergesellschaftlichung der Immobilien, die keine verbindliche Umsetzungsplanung vorweisen können ab 2028 (Siehe Forderung #5)

2. Wärmepumpe-Offensive

ZIEL BIS 2030

In (noch) nicht mit Fernwärme erschlossenen Gebieten sind grösstenteils Wärmepumpen im Einsatz. Wo dies nicht möglich werden andere Lösungen wie beispielsweise die Abwärmenutzung von digitalen Servern genutzt.

Relevanz

Die Wärmeversorgung ist für den grössten Teil der direkten Emissionen auf Stadtgebiet verantwortlich. Viele Dekarbonisierungslösungen wie beispielsweise der Ausbau des Fernwärmenetzes sind sehr infrastrukturintensiv und daher mit langen Zeithorizonten verbunden. Es muss daher verstärkt auf Lösungen mit kürzerer Umsetzungsdauer gesetzt werden.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Zusätzliche finanzielle Förderung von Wärmepumpenanlagen ab 2023. Sicherstellung, dass die Kosten aller Massnahmen nicht auf die Mieter:innen umgewälzt werden.
- Tools und Unterstützung für Vermieter:innen und Mieter:innen ab 2023. Transparente Einsicht und Beratung zur Energieintensität des Gebäudes sowie möglichen nachhaltigen Heizungssysteme
- Unterstützung bei der Erstellung lokaler Wärmeverbünde ab 2023
- Gas / Öl Ausstiegspflicht ab 2028
- Enteignung der Hauseigentümer:innen, die keine verbindliche Umsetzungsplanung vorweisen können ab 2028 (Siehe Forderung #5)

3. Baumstadt Zürich

ZIEL BIS 2030

Die Zahl der Bäume im besiedelten städtischen Gebiet ist verdoppelt. Gebäudehüllen sind - wo nicht für Solarenergie verwendet und sinnvoll - begrünt.

Relevanz

Pflanzen, insbesondere Bäume, wirken sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Lebensqualität in der Stadt aus: sie reinigen die Luft, kühlen die Stadt im Sommer und binden CO₂.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Baumerhalt bzw. Baumerstellungspflicht (BZO) ab 2025. Auch auf privaten Grundstücken wird dies soweit gesetzlich möglich gefördert.
- Sensibilisierung, Tools und finanzielle Förderung zu Bäumen und Begrünungen ab 2025
- Radikale Entsiegelung von Strassen und Parkplätzen (verbunden mit Forderung #3). Pro abgeschaffter Parkplatz wird im Schnitt ein Baum gepflanzt.



Hintergrundinformationen

- In der Stadt Zürich gibt es rund 70'000 öffentlich zugängliche Parkplätze.
- In der Stadt Zürich stehen ungefähr 60'000 Bäume an Strassen und in Parkanlagen, ungefähr nochmals so viele befinden sich auf Privatgrund. Nach einer Verdoppelung der Anzahl Bäume steht 2030 also rund ein Baum pro zwei Einwohner:innen
- Ein Baum kann pro Jahr im Schnitt ungefähr 50 kg CO₂ binden. Bei den geschätzten verbleibenden direkten Emissionen von wenigen hundert kg CO₂ pro Person und Jahr könnten die Bäume einen Beitrag für die noch benötigten CO₂ Senken leisten.

4. Autofreie Quartiere

ZIEL BIS 2030

Der motorisierte Individualverkehr ist auf das absolute Minimum reduziert. Die Mobilität erfolgt zu Fuss, per ÖV oder Velo.

Relevanz

Der Verkehr ist der zweitgrösste Verursacher von direkten Emissionen in der Stadt. Zudem hat die Stadt durch die Gestaltung des öffentlichen Raumes einen verhältnismässig grossen Einfluss auf die Mobilität. Schliesslich bedürfen Transportmittel mit tieferer Emissionsintensität auch kaum Infrastrukturanpassungen, weshalb sie sich relativ schnell umsetzen lassen.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Flächendeckend autofreie Quartierblocks nach dem Vorbild von Barcelona bis 2030, damit verbunden eine Reduktion der öffentlich zugänglichen Parkplätze um mindestens 80%
- Gratis ÖV für alle ab 2025
- Verbot fossil betriebener Fahrzeuge auf Stadtgebiet ab 2028
- Umsetzung Veloschnellrouten bis 2025

Hintergrundinformationen

- [Inspiration zu Quartierblocks](#)
- [Link zum Richtplan](#)



5. Lokale und pflanzenbasierte Ernährung

ZIEL BIS 2030

30% der städtischen Ernährungsversorgung stammt aus dem Zürcher Umland. Foodkooperativen, die demokratisch organisiert sind, eine direkte Verbindung von regionalen Produzent*innen zu Konsument*innen schaffen, und das Land regenerativ bewirtschaften, bilden die Grundlage des Ernährungssystems. Tierische Produkte stellen dabei die Ausnahme dar.

Relevanz

Um einen Umdenken in unserem Ernährungssystem anzustossen ist es zentral, dass Zürcher*innen einen einfachen Zugang zu regionalen Lebensmitteln in der Stadt haben. Gleichzeitig wird dadurch die regionale und saisonale Konsumation von Nahrungsmitteln in der Stadt Zürich gefördert.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Die Stadt fördert demokratisch organisierte Foodkooperativen mit preisgünstigen Räumlichkeiten und Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit ab 2023
- In städtischen Institutionen und Mensen wird ab 2023 ein regionales, saisonales und pflanzenbasiertes Angebot gefördert. Falls Fleischprodukte angeboten werden, sind diese teurer als die vegetarische, bzw. vegane Option

6. Eigene Solarmodulproduktion

ZIEL BIS 2030

Die in der Stadt verbauten Solarmodule (PV und thermisch) werden in der Schweiz produziert und verwenden unter anderem die recycelten Materialien aus ausrangierten Modulen.

Relevanz

Mit eigenen Produktionskapazitäten wird die Abhängigkeit von Produktionsstandorten wie China reduziert und damit das Risiko minimiert, dass die Energiewende durch äussere Gegebenheiten gebremst wird. Zürich hat aufgrund der Nähe zur ETH und dem Eawag wie auch durch bereits bestehende Produktionsstätten gute Voraussetzungen, diese Produktion aufzubauen. Damit können auch wertvolle Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Auftrag zum Aufbau von Produktionsstandorten wird den industriellen Betrieben 2023 erteilt, damit verbunden auch ein Aufbau von nachhaltigen Lieferketten
- Eigene Produktion startet 2028
- Ab sofort bezieht die Stadt Zürich Schweizer Module für die Eigenbauten



7. Zürich werbefrei

ZIEL BIS 2030

Die Werbeflächen im öffentlichen Raum sind deutlich reduziert und beschränkt sich auf Anliegen im öffentlichen Interesse (z.B. Abstimmungen, Vereinsanlässe).

Relevanz

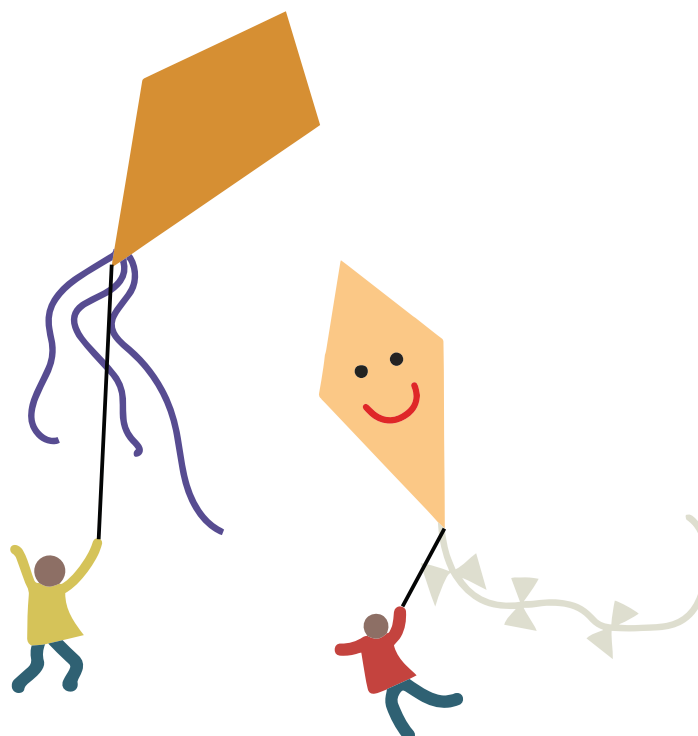
Geld, das für Werbung ausgegeben wird, muss durch den Verkauf zusätzlicher Produkte wieder eingenommen werden. Sonst lohnt sich die Werbung finanziell nicht. Der klimaschädliche Konsum wird damit durch Werbung angeheizt. Ausserdem wirkt sich die ständige Werbeflut negativ auf unsere psychische Gesundheit aus. Zu diesem Schluss kommt auch die UNO in einer Resolution und ruft Staaten dazu auf, ihre Bürger*innen vor den negativen Effekten durch kommerzielle Werbung zu schützen.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

-Verbot kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum ab 2025

Hintergrundinformationen

[-UNO Resolution zu Werbung im öffentlichen Raum](#)



8. Boden für die Gesellschaft!

ZIEL BIS 2030

Die (um)Nutzung des Bodens der Stadt Zürich wird nach strikten Kriterien des öffentlichen Interesses gestaltet. Diese beinhalten soziale und ökologische Aspekte

Relevanz

Profitorientierte Immobilienkonzerne richten ihr Wohnungsangebot nicht nach den öffentlichen Interessen aus, sondern nach dem maximalen Profit. Dies führt beispielsweise zu einem Angebot an Wohnungen mit grossen Flächen für Vielverdienende, zu Ersatzneubauten wo auch Renovationen mit einem viel geringeren Fussabdruck möglich wären, und zu einem viel zu langsam fortschreitenden Ersatz von fossilen Heizungen, währenddem gleichzeitig die Mieten steigen. Klimaschutz geht nur Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit. Der Boden im Besitz von Konzernen, welcher nicht im öffentlichen Interesse betrieben wird, müssen deshalb vergesellschaftet werden.

Nötige Massnahmen durch die Stadt

- Verbindliche Kriterien für die Nutzung von Boden im öffentlichen Interesse bis 2023
- Verbindliche Kriterien für die Vergesellschaftung von Immobilien bis 2023
- Schrittweise Vergesellschaftung ab 2025

Liste der Mitwirkenden

Anja Gada

René Mettler

Cyril Aebersold

Nicola Siegrist

Roxane Steiger

Mit herzlichem Dank an:

Prof. Dr. Hannah Hildebrandt

Prof. Dr. Philippe Koch

Prof. Dr. Irmi Seidl